

Zeitverträge auf dem Prüfstand

Karlsruhe (raha). Die neue baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Foto: dpa) will die zunehmende Zahl von Zeitverträgen an den Hochschulen unter die Lupe nehmen. Sie habe dazu in ihrem Ministerium eine Arbeitsgruppe eingerichtet, sagte die Grünen-Politikerin gestern bei ihrem Antrittsbesuch am Karlsruher Institut für Technologie (KIT). (Siehe Südwestecho.)

„Wir schauen uns das genauer an“, erklärte Bauer mit Blick auf die Zeitjobs. Die Wissenschaft lebe zwar vom

Wechsel, so die Ministerin, aber es müsse jetzt auch die Frage gestellt werden, wie das richtige Augenmaß bei befristeten Beschäftigungsverhältnissen aussehe. Die Zunahme von befristeten Arbeitsverhältnissen sorgt zunehmend für Unmut bei den Personalvertretungen. Betroffene klagen, dass eine Familienplanung dadurch unmöglich werde. KIT-Präsident Horst Hippler verwies darauf, dass die größte Zahl von Zeitstellen die Doktoranden betreffe. Und bei Projektverträgen könne das KIT keine unbefristeten Arbeitsverhältnisse abschließen.



Theresia Bauer

„Bei Elite-Uni geht kein Weg an Karlsruhe vorbei“

Antrittsbesuch von Wissenschaftsministerin Bauer

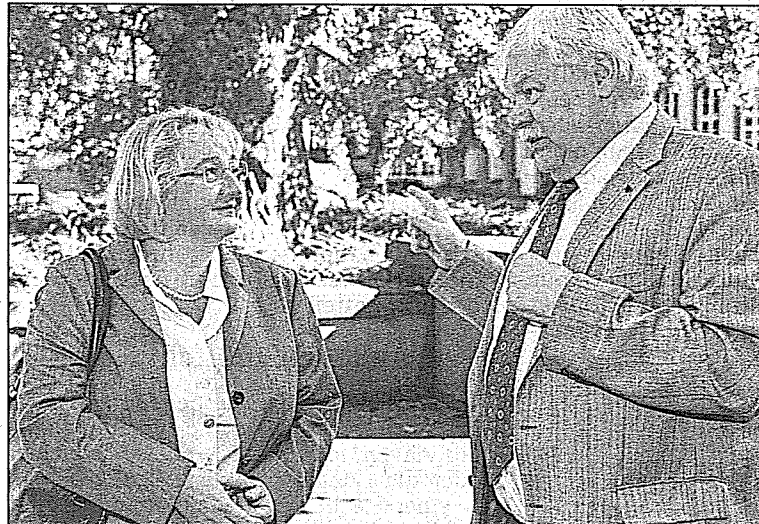
Von unserem Redaktionsmitglied
Rainer Haendle

Karlsruhe. So sieht Selbstbewusstsein aus: Als KIT-Präsident Horst Hippler gestern beim Antrittsbesuch von Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) gefragt wird, ob das Karlsruher Institut für Technik (KIT) im kommenden Jahr bei der Exzellenzinitiative II seinen Titel als führende Kaderschmiede in Deutschland verteidigen kann, antwortet er: „An Karlsruhe führt kein Weg vorbei“. Sein Gast aus der Politik hatte bereits zuvor viel Lob für die Fusion von Elite-Uni und Forschungszentrum („eine unglaubliche Dynamik“) geäußert und finanzielle Unterstützung bei der An-

schlussfinanzierung von Projekten aus der ersten Runde signalisiert.

Wie berichtet, geht das KIT mit drei Fortsetzungsanträgen (Nanostrukturen, School of Optics & Photonics, Zukunftskonzept) sowie drei Neuanträgen in die Endrunde des Elite-Wettbewerbs, für den die öffentliche Hand zwischen 2012 und 2017 bundesweit 2,7 Milliarden Euro ausschüttet. Bei den Neuanträgen handelt es sich um die Themenfelder Software, Informatik-Ingenieurwesen sowie Elementar- und Astroteilchenphysik. Noch keine Berücksichtigung bei der Exzellenzinitiative II fand das jüngste KIT-Kind: das „House of Partizipation“. Innerhalb dieses Projekts sollen neue Wege der Entscheidungsfindung und der demokratischen Teil-

habe im KIT und in der Gesellschaft erforscht werden. Für die grün-rote Landesregierung, die nach ihrer Wahl einen Aufbruch in die Bürgergesellschaft versprochen hat, ist dieses Vorhaben natürlich „bezaubernd“, wie Bauer sagt. Einige sind sich Hippler und Bauer, dass es im KIT-Aufsichtsrat als Kontrollgremium keine Mitbestimmungsstrukturen geben soll. Sie sei zuversichtlich, diese Position auch dem KIT-Personalrat vermitteln zu können, so die Ministerin.



ANTRITTSBESUCH IN KARLSRUHE: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (Grüne) als Gast bei KIT-Präsident Horst Hippler. Foto: Breig